

Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion vom 8. Dezember 2017

Die Ostschweiz braucht eigene Medien

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. März 2018

Die SP-GRÜ-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 8. Dezember 2017 nach der Haltung der Regierung zum anfangs Dezember 2017 angekündigten Zusammenschluss der NZZ-Mediengruppe und der AZ Medien.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung hat die Ankündigung der NZZ-Mediengruppe und der AZ Medien, ihr regionales Mediengeschäft zusammenzuführen, mit Interesse zur Kenntnis genommen, aber gleichzeitig ihre Sorge um die zukünftige mediale Abdeckung der Ostschweiz und insbesondere des Kantons St.Gallen zum Ausdruck gebracht.

Eine starke und gut funktionierende Medienlandschaft ist für die Ostschweiz von zentraler Bedeutung. Die Tagblatt-Medien (als Teil der NZZ-Mediengruppe) haben im Kanton St.Gallen eine ausgesprochen starke Stellung inne. Aus ökonomischer Sicht erscheint die Zusammenführung des regionalen Mediengeschäfts nachvollziehbar. Diese weitere Konzentration der Medienlandschaft beinhaltet jedoch die Gefahr, dass die regionalen Bedürfnisse durch die Zentralisierung nicht mehr genügend abgedeckt werden.

Auf die Berichterstattung aus der Region sollte das Joint Venture zwar auf den ersten Blick kaum Auswirkungen haben. Betroffen wird insbesondere aber der Mantelteil sein. Auch hier nehmen die Tagblatt-Medien eine zentrale Rolle als Sprachrohr der Ostschweiz in der übrigen Schweiz ein. Bei Themen und Entscheidungen auf Bundesebene ist nicht nur die korrekte Information gefragt, sondern auch die Diskussion der Auswirkungen aus Ostschweizer und St.Galler Perspektive.

Der unternehmerische Entscheid der NZZ-Gruppe steht in der Reihe einer Gesamtentwicklung, die bedauert wird. Es ist eine Entwicklung der Konzentration und zwar weg von der Ostschweiz und St.Gallen: Bereits im Jahr 2014 fasste die NZZ-Mediengruppe die Regionalmedien in der Ost- und Zentralschweiz in einem Geschäftsbereich zusammen, im Jahr 2016 wurde die direkte Führung der Tagblatt-Medien aus der Ostschweiz abgezogen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Zusammenführung des regionalen Mediengeschäfts der NZZ-Gruppe und der AZ Medien unterliegt der Prüfung durch die Wettbewerbskommission (Weko). Dass eine solche Prüfung stattfindet, wurde von den beiden Unternehmen anlässlich der Präsentation des Zusammenschlusses anfangs Dezember 2017 kommuniziert. Es ist Sache der Weko, die wettbewerbsrechtlichen Aspekte des Zusammenschlusses auf ihre Gesetzeskonformität zu prüfen.
2. Die Regierung legt Wert auf eine qualitative Kommunikation. Mit dem Rückgang der direkten Medienkontakte, aber auch mit der zunehmenden Distanz zu den berichtserstattenden Medien wird diese Kommunikation anspruchsvoller. Entscheidend ist neben den Inhalten von

nationalem Interesse auch ein gutes Beziehungsnetz zu den Journalistinnen und Journalisten. Die Regierung pflegt deshalb den Kontakt mit den regionalen und nationalen Medienschaffenden über Medienempfänge und departementale Veranstaltungen.

3. Die Entwicklung der Medienlandschaft wird von der Regierung bereits seit längerem genau verfolgt. An einer Klausur im Herbst 2017 diskutierte die Regierung den digitalen Wandel, dessen Auswirkungen auf die regionale Medienlandschaft und mögliche Massnahmen intensiv. Nach Vorliegen einer bei Prof.Dr. Otfried Jarren in Auftrag gegebenen Studie wird sich die Regierung vertieft mit den kantonalen Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation befassen. Entscheide sind im Laufe des Jahres 2018 zu erwarten.
4. Die Schaffung eines genossenschaftlich organisierten Ostschweizer Mediums oder Publikationsorgans, das staatlich mitfinanziert wird und allen offen steht, wäre grundsätzlich eine von mehreren Möglichkeiten, um auf die drohende Verarmung der Medienlandschaft zu reagieren. Für die Regierung muss die Richtung einer allfälligen Medienförderung und die Frage, ob überhaupt eine staatliche Förderung erforderlich und finanziell möglich ist, derzeit offen bleiben.